

Harald Grethe: „Nachhaltige und gesunde Lebensmittel made in Germany – das ist eine Chance“



Harald Grethe, Direktor des Thinktanks Agora Agrar. (von Recklinghausen/Agora Agrar)

Harald Grethe ist Direktor des Thinktanks Agora Agrar und Professor für internationalen Agrarhandel und Entwicklung an der Berliner Humboldt-Universität. Im Interview zieht der Agrarökonom eine ernährungspolitische Bilanz der Ampel-Koalition und beschreibt die Aufgaben einer neuen Bundesregierung.

Martin
Rücker



SPD, Grüne und FDP hatten einen „Aufbruch“ in der Ernährungspolitik angekündigt. Was ist davon nach dreieinhalb Jahren Ampel geblieben?

Es haben sich schon Dinge verschoben, insofern ist „Aufbruch“ ein guter Begriff. Aufgebrochen ist allerdings schon, wer aufsteht und die ersten zwei Schritte tut. Die Frage ist, wie weit er kommt.

Wie weit kamen Bundesernährungsminister Özdemir und die Ampel?

Nicht sehr weit, gemessen an dem, was die Wissenschaft empfiehlt. Auf der Haben-Seite steht, dass wir erstmals eine Ernährungsstrategie haben. Da steht viel Richtiges drin – vor allem, wie wichtig es ist, unsere Ernährungsumgebung zu verändern und stärker auf pflanzenbasierte Ernährung zu setzen. Mein Eindruck ist, dass das vom BMEL gut und ohne moralische Aufladung kommuniziert wurde. Die Strategie benennt wichtige Themen wie die Ernährungsarmut und richtige Ziele, etwa das Umsetzen der Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in der Gemeinschaftsverpflegung. Das Problem ist: Die Ziele sind nicht hinreichend mit finanziellen Mitteln unterlegt. Einige wichtige Maßnahmen fehlen ganz, vor allem fiskalpolitische. Die braucht es, um ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu vereinen. Bei weiteren Themen war die Ampel auf gutem Weg, ist aber nicht ins Ziel gekommen, wie bei der Beschränkung der an Kinder gerichteten Lebensmittelwerbung.

Ist die Ernährungsstrategie wirklich der erhoffte ressortübergreifende Ansatz – oder müsste doch vor allem das BMEL versuchen, anderen Ministerien etwas abzurufen?

Das ist in der Tat ein langer Weg. Das BMEL hat eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Strategie eingerichtet. Ergebnisse sind allerdings bisher nicht sichtbar geworden. Weiterhin findet man im Gesundheits-, Sozial-, Wirtschafts- oder Finanzministerium kaum Ansprechpartner für nachhaltige und gesunde Ernährung, obwohl das in diesen Politikfeldern eine große Rolle spielen müsste.

Angenommen, Sie hätten mit einem künftigen Wirtschafts- oder Finanzminister 30 Sekunden im Fahrstuhl – wie erklären Sie ihm, dass er sich mit Ernährungspolitik befassen sollte?

Ohne Ernährungspolitik kommen wir bei den Nachhaltigkeits- und Klimazielen nicht weiter. Mit einer gesünderen Ernährung können wir Folgekosten durch Krankheiten und Arbeitsausfälle reduzieren. Außerdem bieten sich wirtschaftliche Chancen: Ob wir wollen oder nicht, in der Ernährung ändert sich viel. Wenn die Menschen weniger tierische Produkte essen, werden sie mehr pflanzliche konsumieren. Wo werden sie produziert? Es wird schwierig, mehr Obst und Gemüse aus dem Mittelmeerraum zu holen, wo schon heute Wasserknappheit und Klimawandel die Produktion beeinträchtigen. Wenn wir es richtig anpacken, könnte unsere Wirtschaft von der zunehmenden Nachfrage profitieren.

Die FAO schätzt die Folgekosten des Ernährungssystems in Deutschland auf umgerechnet rund 288 Milliarden Euro im Jahr, vor allem wegen der unausgewogenen Ernährung. Dem gegenüber steht ein Markturnsatz von rund 260 Milliarden Euro. Müsste nicht allein dieses Verhältnis aufrütteln?

Diese Rechnungen allein ermüden. Ich spreche lieber darüber, was es zu gewinnen gibt. Eine beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung kostet Geld – sie brächte aber einen großen volkswirtschaftlichen Nutzen und wäre ein echtes Chancenprogramm für Kinder. Eine gesündere, nachhaltige Ernährung kann und muss auch für die Politik attraktiv sein. Dazu müssen wir raus aus der starken Polarisierung in der Ernährungspolitik. Egal, was man politisch tun möchte, es kommt sofort der Vorwurf: Das ist paternalistisch. Ein beliebtes Bierzelt-Thema, aber so wird ein Diskursraum beschädigt, den wir dringend brauchen.

Man könnte auch argumentieren: Vielen ist der Staat in der Ernährung zu übergriffig, er sollte sich besser heraushalten.

Dieser Auffassung bin ich nicht. Das Bild vom bevormundenden Staat wird von Interessenvertretern instrumentalisiert. So zu tun, als stünde ein Currywurst- oder Süßigkeitenverbot bevor, ist Unsinn. Es geht darum, unsere Ernährungsumgebung zu verbessern, was die individuelle Wahlfreiheit stärkt. Wir Menschen funktionieren nun einmal nicht wie perfekte Computer, die alle Informationen bei der Konsumententscheidung aufnehmen und dann die beste Wahl berechnen.

Das Gegenargument lautet: Es gibt eine individuelle Verantwortung.

Dazu ein Beispiel: Wenn ich gerne Schokolade esse, kann ich die überall verteilen – in meiner Jacketasche, auf dem Schreibtisch, neben der Fernbedienung, in der Küche, im Bad. Dann wäre ich jederzeit frei, Schokolade zu essen, aber so gehe ich aus guten Gründen mit mir nicht um. Ich schaffe mir eine Umgebung, in der nicht überall Schokolade herumliegt. Auch als Gesellschaft können wir unsere Umgebung gestalten und eine gesunde Ernährung erleichtern, dazu haben wir den Bundestag. Wir wollen uns nicht erst an der Supermarktkasse mit allen Nachhaltigkeits- und Gesundheitsfragen dieser Welt befassen, weil das eine völlige Überforderung wäre.

Zuckersteuer und Werbebeschränkung, die Qualität der Gemeinschaftsverpflegung, die Rolle des Staates – die Themen und Argumente, die in der Ernährungspolitik diskutiert werden, sind seit Jahren dieselben. Für vieles gibt es wissenschaftliche Unterstützung, voran geht es kaum. Was fehlt?

Es braucht eine gute, evidenzbasierte Fachpolitik. Bei Stakeholdern aus der Wirtschaft erlebe ich zunehmend die Einsicht, dass das ständige Blockieren und Sich-die-Köpfe-Einschlagen für einen Wirtschaftsstandort nicht gut ist. In der Agrarpolitik haben die Zukunftskommission Landwirtschaft und die Borchert-Kommission gezeigt, dass es möglich ist, Konsense auszuarbeiten...

...die dann politisch nicht umgesetzt werden.

Das stimmt, und das ist eine verpasste Chance. Das Gleiche gilt für die Ergebnisse des Bürgerrats Ernährung, den der Bundestag eingesetzt hat. Es wäre gut, wenn Wirtschaft und Zivilgesellschaft noch stärker von der Politik einfordern, dass sie Lösungen umsetzt, die ihr auf dem Silbertablett gereicht werden. Wenn Unternehmen politische Gestaltung fordern, ist das immer ein Hingucker.

Sie erwarten von einem Softdrink-Hersteller, dass er eine Limo-Steuer einfordert?

Nein, aber Branchenzusammenschlüsse oder der Handel können vieles bewegen. Ich bin überzeugt: Für die deutsche Fleischwirtschaft wäre es besser, eine inländische Produktion zu erhalten, die eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft hat. Auch wenn es dafür nötig ist, die Produktionsmengen zu verringern, ein höheres Tierwohlniveau umzusetzen und die Konsumentenpreise zu erhöhen. Ein Unternehmen, das gute Wurst mit Schweinefleisch produzieren kann, kann auch gute Produkte herstellen, die teilweise oder ganz aus pflanzlichen Zutaten bestehen. Ebenso kann die Süßwarenindustrie weniger Zucker einsetzen, so stärker zu gesellschaftlichen Zielen beitragen und sich damit weniger einer Skandalisierung aussetzen. Nachhaltige und gesunde Lebensmittel made in Germany – das ist eine Chance, auch für Exportmärkte.

Sollte so das nächste staatliche Siegel heißen?

Ein Dachlabel, das farblich kodiert verschiedene Nachhaltigkeitsdimensionen kennzeichnet, wäre eine gute Sache.

Welche drei Wünsche hätten Sie für die Ernährungspolitik der künftigen Bundesregierung?

Erstens: Raus aus der Polarisierung und Mut zur Fiskalpolitik! Das ließe sich übrigens auch konservativ oder liberal framen: Damit die Märkte ihr gutes Werk tun können, braucht es die richtigen Preisanreize. Der Vorschlag, den Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel insgesamt zu senken, ist wenig zielgenau. Stattdessen würde ich ihn für tierische Produkte schrittweise auf 19 Prozent anheben und für Obst und Gemüse auf null senken. Eine stärker pflanzenbetonte Ernährung ist für die Gesundheit und ökologische Nachhaltigkeit wichtig. Auch eine Softdrink-Steuer halte ich für sinnvoll. Das alles sind aber nur punktuelle Maßnahmen. Langfristig müssen wir externe Kosten stärker internalisieren und zu Konsumentenpreisen kommen, die diese widerspiegeln. Gleichzeitig brauchen wir einen sozialpolitischen Ausgleich mit Instrumenten wie dem Klimageld, um einkommensschwache Haushalte nicht zu belasten.

Zwei Wünsche sind noch offen!

Wir müssen Ernährungsarmut mit einer engagierten Sozial- und Ernährungspolitik begegnen. Das bedeutet: Höhere Regelsätze im Bürgergeld – insbesondere dann, wenn Nahrungsmittelpreise steigen – und eine beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung. Außerdem müssen Strukturen für die Politikintegration über Ressorts, Sektoren und Politikebenen hinweg geschaffen werden. Zum Beispiel könnte die Bundesregierung eine nationale Kompetenzstelle zur Reduktion der Lebensmittelabfälle einrichten. Keine Behörde, die einem Ministerium untersteht, sondern eine Institution außerhalb der Ministeriumshierarchie. So lassen sich Ziele am ehesten über Wahlperioden und Ressorts hinweg verfolgen.

Als Direktor des Thinktanks Agora Agrar setzt sich Harald Grethe für eine nachhaltige Transformation der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft ein. Der Professor für internationalen Agrarhandel und Entwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin hat als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz jahrelang das Bundesagrarministerium beraten.



Mehr zum Thema

HEADS | Lebensmittelindustrie

Christoph Minhoff: Aus der Medienwelt zur Ernährungsindustrie

Als früherer Journalist ist Christoph Minhoff stolz darauf, den Lebensmittelverband und die BVE „kampagnenfähig“ gemacht zu haben. Kritik, die Branche verschleppe Reduktionsziele für Zucker und Fett, weist der Hauptgeschäftsführer der beiden Verbände zurück.

 Agrifood

